

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : B of Part 3

Suggestion for protocol :

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel B: Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union

~~Die Europäische Union tritt die Rechtsnachfolge der Europäischen Gemeinschaften und der Union in allen ihren internen und aus internationalen Übereinkommen erwachsenden Rechten und Pflichten an, die sich vor Inkrafttreten des Verfassungsvertrags aus den früheren Verträgen, Protokollen und Rechtsakten ergeben haben; sie übernimmt ferner das gesamte Aktiv- und Passivvermögen der Gemeinschaften und der Union sowie deren Archive.~~

Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft besteht in der Rechtspersönlichkeit Europäischen Union fort.

Die Europäische Union tritt die Nachfolge der Europäischen Atomgemeinschaft in alle Rechte und Pflichten an; sie übernimmt das gesamte Aktiv- und Passivvermögen der Europäischen Atomgemeinschaft sowie deren Archive.

*Die ~~Bestimmungen der~~ Rechtsakte der Organe der Union, die aufgrund der in ~~Absatz 1~~ Artikel A genannten Verträge ~~und Rechtsakte angenommen~~ **erlassen** wurden gelten weiter, soweit sie mit der Verfassung in Einklang stehen. ~~Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ist weiterhin maßgeblich für die Auslegung der Verfassung und der vor ihrem Inkrafttreten angenommenen Rechtsakte.~~*

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Der Begriff der Rechtsnachfolge, insbesondere die damit verbunden Rechtsfolgen, sind völkerrechtlich unklar. Daraus resultieren Risiken, insbesondere betreffend die Rechtsverhältnisse mit Drittstaaten und internationalen Organisationen. Daher sollte die **Kontinuität** im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft über das Institut der **Rechtsidentität** und nicht der **Rechtsnachfolge** hergestellt werden. Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft sollte nicht erlöschen, sondern sich in der Union fortsetzen. Rechtsnachfolgerin sollte die Union lediglich in Bezug auf die Europäische Atomgemeinschaft werden.

Im übrigen ist eine Rechtsnachfolge zur derzeitigen Union rechtlich nicht möglich. Die derzeitige Union hat keine Rechtspersönlichkeit; sie hat weder Rechte noch Pflichten, weder Aktivvermögen noch Passivvermögen.

Absatz 2:

Diese Bestimmung ist die notwendige Ergänzung zur Aufhebung der Verträge nach Artikel A und sollte dementsprechend darauf Bezug nehmen.

Satz 2 ist zu streichen, da seine Geltung zu höchst widersprüchlichen Ergebnissen führen würde. Viele der weitergeltenden Rechtsakte stehen mit der Aufhebung der ursprünglichen Rechtsgrundlagen (Artikel A) und dem Inkrafttreten dieses Verfassungsvertrages in einem völlig neuen Regelungskontext. Die aufgrund des alten Regelungskontextes ergangene Rechtsprechung des EuGH zur Auslegung dieser Rechtsakte, die zudem immer nur Einzelbestimmungen dieser Rechtsakte betrifft, kann deshalb nicht zwingend weiterhin auf diese Rechtsakte angewendet werden. Die Auslegung aller Bestimmungen der Rechtsakte muss sich vielmehr nach dem neuen Regelungskontext richten.